

# BEZIRKSVERTRETUNG MITTE

Auszug  
aus der nichtunterzeichneten Niederschrift  
der Sitzung vom 27.04.2023

---

Zu Punkt 13  
(öffentlich)

## Radstation im Bunker am Hauptbahnhof Bielefeld

Beratungsgrundlage:  
Drucksache: 5029/2020-2025

(...)

Herr Langeworth beantragt den Beschlusstext wie folgt zu ergänzen:

### Zu Punkt 2 der Vorlage:

Hinter den Worten „voran zu bringen“ soll ergänzt werden „und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen“

### Zu Punkt 3 der Vorlage:

Hinter den Worten „zu erstellen“ soll ergänzt werden „und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen“

### Die Vorlage um einen Punkt 5 zu ergänzen:

„Bei deutlichen Kostenabweichungen sind die Gremien umgehend zu informieren.“

- mit großer Mehrheit beschlossen –

-...-

## Beschluss:

**Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt, der Stadtentwicklungsausschuss und der Finanz- und Personalausschuss beschließen:**

1. **Die Umnutzung und die Erweiterung des Bunkers unter dem Bahnhofsvorplatz am Hauptbahnhof zu einer Radstation wird weiterverfolgt.**
  - a) **Um den Bedarf von 2.000 Fahrradstellplätzen zu decken, wird die Dimensionierung der Radstation gemäß Planungsvariante 4 (Bunker und südliche Erweiterung) weiterverfolgt.**
  - b) **Die Zuwegung zur Radstation erfolgt über zwei Fahrsteige (eine Ausfahrt und eine Einfahrt) ergänzt durch eine Treppe auf dem Bahnhofsvorplatz sowie aufgrund zulässiger**

Rettungswegelängen erforderlichen Treppen und Fahrstühlen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, im Frühjahr 2023 eine Interessensbekundung zum Einwerben von Fördermitteln einzureichen sowie ergänzende Fördermöglichkeiten zu prüfen. Die Planungen sind entsprechend der Vorgaben der Fördermittelgeber voran zu bringen **und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.**
3. Die Verwaltung wird beauftragt die Nutzung des Bunkers vorzubereiten, die Verantwortlichkeiten für die Umsetzung zu klären und ein Betriebskonzept für den Betrieb der Radstation zu erstellen **und den Gremien zur Beschlussfassung vorzulegen.**
4. Die Eigenmittel der Stadt Bielefeld werden auf maximal 3,5 Mio. € festgelegt, dies entspricht 25% der aktuell ermittelten Gesamtkosten. Das Amt für Verkehr meldet in den Verwaltungsentwürfen zum Haushaltsplan 2024 ff. die notwendigen Haushaltsmittel an.
5. **Bei deutlichen Kostenabweichungen sind die Gremien umgehend zu informieren.**

- abweichend vom Beschlussvorschlag bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

002.2 Büro des Rates, 28.04.2023, 51-6588

An  
093 Stab Dezernat 3, 660  
600 Geschäftsführung StEA  
200 Geschäftsführung FiPA

zur Kenntnis und ggf. weiteren Veranlassung.

Die Abweichungen vom Beschlussvorschlag sind in rot geschrieben.

i. A.

Gabriel